

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **EP: PRÄSIDIUM, FRAKTIONSCHIEFS UND AUSSCHUSSVORSITZE NEU GEWÄHLT**

Das Europäische Parlament (EP) hat, wie stets in der Mitte der Legislaturperiode, den Präsidenten und die weiteren Mitglieder des Präsidiums neu gewählt. Die Ausschüsse wählten ihre Vorsitze neu, ebenso die Fraktionen und nationalen Gruppen.

### **MARTIN SCHULZ NEUER PRÄSIDENT DES EP**

Der Fraktionsvorsitzende der S&D, *Martin Schulz* wurde mit 387 von 670 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten und Nachfolger von *Jerzy Buzek* (EVP/PLN) gewählt. Seine Gegenkandidaten, der britische Konservative *Nirj Deva* und die liberale britische Abgeordnete und EP-Vizepräsidentin *Diana Wallis* erhielten 142 bzw. 141 Stimmen. In den Mittelpunkt seiner ersten Rede als Präsident stellte *Schulz* die Gemeinschaftsmethode und die Rolle des EP. Er sagte denjenigen den Kampf an, die glaubten, man könne "mehr Europa mit weniger Parlamentarismus" schaffen und wiederholte seine Forderung, an den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs teilzunehmen und nicht nur zu Beginn gehört zu werden. Er werde kein bequemer Präsident sein, sondern „Respekt der Exekutiven für das EP wenn nötig erstreiten“.

### **ALEXANDER ALVARO (FDP) UND RAINER WIELAND (CDU) EP-VIZEPRÄSIDENTEN**

Zu Vizepräsidenten des EP wurden folgende 14 Abgeordnete gewählt: *Gianni Pittella* (S&D/ITA), *Miguel Angel Martinez Martinez* (S&D/ESP), *Anni Podimata* (S&D/GRC), *Alejo Vidal-Quadras* (EVP/ESP), *Georgios Papastamkos* (EVP/GRC), *Roberta Angelilli* (EVP/ITA), *Othmar Karas* (EVP/AUT), *Edward McMillan-Scott* (ALDE/GBR), *Isabelle Durant* (Grüne-EFA/BEL), *Alexander Alvaro* (ALDE/DEU), *Rainer Wieland* (EVP/DEU), *Oldrich Vlasak* (ECR/CZ), *Jacek Protasiewicz* (EVP/PLN) und *László Surján* (EVP/HUN)



### **KEINE DEUTSCHEN UNTER DEN FÜNF QUÄSTOREN**

Zu Quästoren wurden gewählt: *Astrid Lulling* (EVP/LUX), *Jim Higgins* (EVP/IRL), *Lidia Geringer de Oedenberg* (S&D/PLN), *Bogusław Liberadzki* (S&D/PLN) und *Jiri Mastalka* (Vereinigte Linke/CZ).

### **KAUM VERÄNDERUNGEN BEI FRAKTIONSCHIEFS – SWOBODA FÜHRT S&D**

Die S&D-Fraktion bestimmte nach der Wahl von *Martin Schulz* zum EP-Präsidenten den 65-jährigen österreichischen Abgeordneten *Hannes Swoboda* zum neuen Fraktionschef. Er setzte sich gegen die französische Sozialistin, *Catherine Trautmann* und den britischen Labour-Abgeordneten *Stephen Hughes* durch. Zu den Stellvertretern gehört auch der bisherige Vorsitzende der SPD-Gruppe, *Bernhard Rapkay*.

Den Vorsitz in den anderen Fraktionen üben weiterhin aus: EVP: *Joseph Daul* (FRA; einer der Stellvertreter ist *Manfred Weber*, CSU); ALDE: *Guy Verhofstadt* (BEL; einer der Stellvertreter ist *Alexander Graf Lambsdorff*, FDP); Grüne/EFA: *Rebecca Harms* (DEU) und *Daniel Cohn-Bendit* (FRA); ECR: *Martin Callanan* (GBR), GUE/NGL: *Lothar Bisky* (DEU); EFD: *Nigel Farage* (GBR)

### **REUL, GRAF LAMBSDORFF UND BÜTIKOFER FÜHREN DEUTSCHE GRUPPEN**

*Herbert Reul* wurde zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe und Nachfolger von *Werner Langen* gewählt. Als Stellvertreter wurde *Markus Ferber* wiedergewählt, als Parlamentarische Geschäftsführerin *Dr. Angelika Niebler*. Die FDP-Gruppe führt weiter *Alexander Graf Lambsdorff*, die Gruppe der deutschen Grünen *Reinhard Bütikofer*. Die SPD-Gruppe will den Nachfolger von *Bernhard Rapkay* Anfang Februar wählen.

### **SECHS AUSSCHUSSVORSITZENDE AUS DEUTSCHLAND – BROK (CDU); GROOTE (SPD) UND THEURER (FDP) NEU GEWÄHLT**

Bei den Ausschussvorsitzen ergaben sich nur wenige Veränderungen. Hervorzuheben sind der EVP-interne „Tausch“ beim Vorsitz des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten AFET (*Elmar Brok* statt *Gabriele Albertini*) und Industriausschuss ITRE (*Amalia Sartori* statt *Herbert Reul*), der SPD-interne Wechsel im Vorsitz des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit ENVI



(*Matthias Groote* statt *Jo Leinen*) und der Wechsel im Vorsitz des Haushaltskontrollausschusses CONT (*Michael Theurer*, FDP) statt *Jan Mulder*, ALDE/NLD). Weitere Deutsche Ausschussvorsitzende sind wie bisher *Doris Pack* (CDU - Ausschuss für Kultur und Bildung CULT), *Klaus-Heiner Lehne* (CDU) (Rechtsausschuss JURI) und die bayerische Abgeordnete der GRÜNEN, *Barbara Lochbihler* (Unterausschuss Menschenrechte DROI).

Vorsitzende in den übrigen Ausschüssen sind: *Eva Joly* (GRÜNE/FRA), Ausschuss für Entwicklung (DEVE), *Vital Moreira* (S&D, PRT), Ausschuss für internationalen Handel (INTA), *Alain Lamassoure* (EVP, FRA), Haushaltsausschuss (BUDG), *Sharon Bowles* (ALDE/GBR), Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), *Pervenche Berès* (FRA), Ausschuss für Beschäftigung und Soziales (EMPL), *Amalia Sartori* (EVP/ITA), Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE), *Malcolm Harbour* (ECR/GBR), Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO), *Brian Simpson* (S&D/GBR), Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN), *Danuta Hübner* (EVP/PLN), Ausschuss für Regional Entwicklung (REGI), *Paolo de Castro* (S&D/ITA), Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI), *Gabriel Mato Adrover* (EVP/ESP), Ausschuss für Fischerei (PECH), *Juan Fernando López Aguilar* (S&D/ESP), Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), *Carlo Casini* (EVP/ITA), Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO), *Mikael Gustafsson* (GUE/SWE), Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM), *Erminia Mazzoni* (EVP/ITA), Petitionsausschuss (PETI) und *Arnand Danjean* (EVP/FRA), Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE).

In jedem Ausschuss gibt es vier Stellvertretende Vorsitzende. *Nadja Hirsch* (FDP) wurde neu zur ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses (EMPL) gewählt.

## **EP-PLENUM VOM 16. - 19.01.2012 IN STRASSBURG: WEITERE ERGEBNISSE**

### **DEBATTE MIT PREMIERMINISTERIN THORNING-SCHMIDT ÜBER DAS ARBEITSPROGRAMM DER DÄNISCHEN PRÄSIDENTSCHAFT**

Die dänische Ministerpräsidentin *Helle Thorning-Schmidt* bekannte sich in ihrer Rede vor dem Plenum dazu, überzeugte „Herzenseuropäerin“ zu sein. Sie hob die Entwicklung Europas von einem geteilten Kontinent voller Konflikte zu einer



Union aus 27 Staaten hervor und betonte die Bedeutung der Gemeinschaftsmethode. Die aktuelle Krise mit niedrigem Wachstum, hohen Schulden und wachsender Arbeitslosigkeit führe zu Unsicherheit in der Bevölkerung und erschüttere die Grundlagen der Zusammenarbeit. Es gehe darum, entschlossen zu handeln, um Vertrauen wiederherzustellen und die Basis für Wachstum und Fortschritt zu legen. Die Grundlage dafür seien robuste öffentliche Finanzen. Der geplante Fiskalpakt werde bei der Stabilisierung des Euro eine entscheidende Rolle spielen. *Thorning-Schmidt* erläuterte die Prioritäten des dänischen Ratsvorsitzes, wie sie sich aus dem Präsidentschaftsprogramm ergeben. Kommissionspräsident *Barroso* zeigte sich überzeugt, dass die dänische Präsidentschaft einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten werde. Er stellte neben Haushaltskonsolidierung Wachstum als entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung der Krise in den Mittelpunkt. Breite Unterstützung fand die Präsidentschaft von den Vorsitzenden der wichtigsten Fraktionen.

Rede von Ministerpräsidentin *Thorning-Schmidt*

<http://eu2012.dk/de/NewsList/Januar/Uge-3/~-/media/Files/Speeches/PM%20speech%20180112.ashx>

Rede von Präsident *Barroso*:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/13&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **SCHARFE KRITIK AM GEPLANTEN FISKALPAKT ZUR STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION**

In einer Debatte kritisierten alle Redner das geplante zwischenstaatliche Abkommen („fiskalpolitischer Pakt“) zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion, das die Eurostaaten und bis zu neun weitere EU-Staaten angesichts der Weigerung des Vereinigten Königreichs, einer Vertragsänderung zuzustimmen, bis März abschließen wollen. Kommissionspräsident *Barroso* bezeichnete das Abkommen dagegen als dringend erforderlich für die Stabilität der Eurozone. Das EP nahm nach der Debatte eine Entschließung zum geplanten Abkommen an und stellte es grundsätzlich in Frage (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

Rede von Präsident *Barroso*:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/15>



## HITZIGE DEBATTE ZUR POLITISCHEN ENTWICKLUNG IN UNGARN

Am 18.01.2012 debattierte das EP-Plenum mehrere Stunden über die politischen Entwicklungen in Ungarn. Daran nahm auch der ungarische Ministerpräsident *Viktor Orbán* teil. Kommissionspräsident *Barroso* nannte die Entwicklungen „sehr heikel“. Die Kommission habe in ihrer Rolle als „Hüterin der Verträge“ am 17.01.2012 drei Vertragsverletzungsverfahren erster Stufe eingeleitet. Sie beträfen die Unabhängigkeit der Zentralbank, die Datenschutzbehörde und das Renteneintrittsalter für Richter und Staatsanwälte. Zur Unabhängigkeit der Justiz habe die Kommission außerdem um Erläuterungen gebeten. Zudem habe Kommissarin *Kroes* schriftlich Sorgen um die Medienfreiheit zum Ausdruck gebracht. *Barroso* erklärte, er habe am Tag der Debatte ein Schreiben erhalten, in dem *Orbán* sich zu Änderungen bereit erklärt. Anschließend kam es zu einer kontroversen Debatte, in der die EVP die Leistungen der Regierung *Orbán* hervorhob und Vertrauen in die Prüfungen durch die Kommission und die Bereitschaft *Orbáns* zu Korrekturen bekundete. Sprecher von S&D, ALDE, Grüne/EFA, GUE/NGL und ECR äußerten sich kritisch und verlangten teilweise eine Prüfung gemäß Art. 7 EU-Vertrag, ob Ungarn Werte der EU verletze. *Orbán* reiste inzwischen am 24.01.2011 zu Gesprächen mit *Barroso* und EP-Präsident *Schulz* nach Brüssel. Dabei wiederholte er seine Bereitschaft zu Korrekturen. *Barroso* betonte, die offenen Fragen müssten nach den üblichen Verfahren behandelt werden und könnten nicht in einem politischen Gespräch gelöst werden. Zum Defizitverfahren gegen Ungarn siehe den Bericht des StMF in diesem EB.

Rede von Präsident *Barroso*:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/16&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## WEITERE BESCHLÜSSE WÄHREND DER PLENARWOCHE

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

## KROATISCHE BEVÖLKERUNG STIMMT EU-BEITRITT ZU

Wenige Wochen nach Unterzeichnung des Beitrittsvertrags hat die kroatische Bevölkerung dem zum 01.07.2013 geplanten Beitritt Kroatiens zugestimmt. Gut zwei Drittel der Wähler waren dafür. Allerdings lag die Wahlbeteiligung nur bei knapp 44 %. Jetzt steht die Ratifizierung in den EU-Staaten an, bevor Kroatien der 28. Mitgliedstaat werden kann.



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **KOMMISSION LEGT LANG ERWARTETE VORSCHLÄGE ZUR REFORM DES DATENSCHUTZRECHTS VOR**

Die Kommission hat am 25.01.2012 die lang erwarteten Legislativvorschläge zur Überarbeitung des EU-Datenschutzrechts vorgelegt. Mit zwei Rechtsakten (Datenschutz-Grundverordnung, Richtlinie für den Bereich Polizei und Justiz), die die Datenschutzrichtlinie (95/45/EG) von 1995 ersetzen, soll eine umfassende Reform des Datenschutzes in der EU erreicht werden. Mit der Datenschutz-Grundverordnung soll es ein EU-weit geltendes Gesamtregelwerk für den Datenschutz geben. Der Richtlinienvorschlag soll individuelle Schutzrechte gegen die Datenverarbeitung im Bereich von Polizei und Justiz garantieren und erfasst ausdrücklich Datenverarbeitungsverfahren auch bei rein innerstaatlichen Sachverhalten. Durch die neuen Regeln sollen die Online-Rechte des Einzelnen auf Wahrung der Privatsphäre gestärkt und die digitale Wirtschaft Europas angekurbelt werden. Zudem soll das Vertrauen der Verbraucher in Online-Dienste gestärkt und so dringend benötigte Impulse für den digitalen Binnenmarkt gegeben werden. Die Vorschläge sind in Deutschland und in der EU auf ein geteiltes Echo gestoßen.

Mitteilung:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_9\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_9_de.pdf)

Verordnung:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_11\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_11_de.pdf)

Richtlinie:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_10\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_10_de.pdf)

Hintergrundinformationen (Englisch):

[http://ec.europa.eu/justice/newsroom/data-protection/news/120125\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/newsroom/data-protection/news/120125_en.htm)

### **EUROPÄISCHE DONAUSTRATEGIE: INNENMINISTER HERRMANN ERÖFFNET INTERNATIONALE POLIZEICHEFKONFERENZ**

Innenminister *Joachim Herrmann* hat am 23.01.2012 im Europäischen Patentamt in München die Internationale Polizeichefkonferenz im Rahmen der Europäischen Donaustrategie eröffnet. An der Konferenz nahmen die Polizeichefs von acht EU-Mitgliedstaaten und sechs weiteren europäischen Staaten sowie



Vertreter der Kommission, internationaler Polizeiorganisationen sowie von Bundesbehörden teil. Die Anwesenden vereinbarten einen engeren Informationsaustausch, gemeinsame Standards bei Ausbildung und Einsätzen sowie gemeinsame Ermittlungsmaßnahmen.

Pressemitteilung zur Eröffnung der Konferenz:

<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2012/23.php>

Pressemitteilung zu den Ergebnissen der Konferenz:

<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2012/25.php>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **KOMMISSION SCHLÄGT UMFASSENDE REFORM DES DATENSCHUTZRECHTS VOR**

Die Kommission hat am 25.01.2012 eine umfassende Reform der aus dem Jahr 1995 stammenden EU-Datenschutzvorschriften vorgeschlagen. Damit reagiert sie auf den gewaltigen technischen Fortschritt und die Globalisierung und deren Folgen für die Erhebung, den Abruf und die Speicherung persönlicher Daten. Die vorgelegten Entwürfe betreffen nicht die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, die von Deutschland bislang nicht in nationales Recht umgesetzt wurde; insoweit bleibt hier der Sachstand im laufenden Vertragsverletzungsverfahren unverändert. Von besonderer Bedeutung für den Justizbereich ist der Vorschlag einer neuen Datenschutzrichtlinie. Durch diese sollen allgemeine Datenschutzgrundsätze und -regeln für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen eingeführt werden. Die Bestimmungen sollen sowohl für inländische als auch für grenzüberschreitende Datenübermittlungen gelten.

Mitteilung:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_9\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_9_en.pdf)

Verordnung:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_11\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_11_en.pdf)

Richtlinie:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_10\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_10_en.pdf)

Hintergrundinformationen:





[http://ec.europa.eu/justice/newsroom/data-protection/news/120125\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/newsroom/data-protection/news/120125_en.htm)

### **VERBRAUCHERSCHUTZ: RICHTLINIE ÜBER ELEKTRO- UND ELEKTRONIK-ALTGERÄTE**

Am 19.01.2012 hat das EP in zweiter Lesung – nach einer entsprechenden Einigung mit dem Rat – mit großer Mehrheit die Neufassung der Richtlinie 2002/96/EG vom 27.01.2003 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE-RL, Waste Electrical and Economic Equipment) beschlossen. Ein wesentliches Ergebnis ist eine neue Regelung zur Entsorgung und Wiederverwertung von ausgedienten Elektrogeräten und Altgeräten, die keine Maße über 25 cm aufweisen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0009+0+DOC+XML+V0//DE>

### **VERBRAUCHERSCHUTZ: NEUE VERORDNUNG ÜBER BIOZID-PRODUKTE**

Das EP will Biozidprodukte wie z. B. Rattengift, Insektizide, Holzschutz- oder Desinfektionsmittel strengerer Sicherheitskontrollen unterziehen. Dies geht aus einer Verordnung über die „Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten“ hervor, die das EP am 19.01.2012 angenommen hat.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0010+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **STUDIEN ZUM SCHUTZ VON GESCHÄFTS-GEHEIMNISSEN UND VOR NACHAHMERPRODUKTEN**

Die Kommission hat am 13.01.2012 die Ergebnisse zweier von ihr in Auftrag gegebenen Studien von „Hogan Lovells International LLP“ zur nationalen Ausgestaltung des Rechts auf den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und zum Schutz vor Nachahmerprodukten in den Mitgliedstaaten veröffentlicht. Darin wird ein Überblick über die Rechtssysteme, die praktische Handhabung und die gerichtliche Durchsetzung entsprechender Schutzrechte gegeben. Der Schwerpunkt liegt zwar auf dem Zivilrecht, zeigt aber auch die Bedeutung des Strafrechts auf diesem Feld. In beiden Bereichen gelangt die Studie zu dem Ergebnis, dass weitere Harmonisierungsschritte durch die EU sinnvoll sind.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/iprenforcement/documents\\_en.htm#bgdoc](http://ec.europa.eu/internal_market/iprenforcement/documents_en.htm#bgdoc)



2

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

**EINIGUNG ÜBER DEN ESM-VERTRAG**

Die Finanzminister haben im Rahmen eines intergouvernementalen Treffens am 23.01.2012 eine Einigung über den Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erzielt. Der permanente Krisenmechanismus ESM wird die gegenwärtigen Aufgaben der vorübergehenden Krisenmechanismen EFSF und EFSM übernehmen. Der ESM soll im Juli 2012 – und damit ein Jahr früher als ursprünglich geplant – in Kraft treten. Das Grundkapital des ESM beträgt 700 Mrd. € (deutscher Anteil rund 190 Mrd. €) und ist aufgeteilt in einen Kapitalstock (einzuzahlendes Kapital 80 Mrd. €) und in abrufbares Kapital (620 Mrd. €). Die konsolidierte Ausleihkapazität von ESM und EFSF beträgt nach dem ESM-Vertrag 500 Mrd. € netto. Die Angemessenheit des konsolidierten Ausleihvolumens soll jedoch im März 2012 überprüft werden.

**WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE VOM 23.01.2012**

Die Eurogruppe bekräftigte, dass Griechenland im Euroraum bleiben müsse. Allerdings sei das griechische Programm derzeit aus der Spur. Bevor das zweite Rettungsprogramm für Griechenland finalisiert werden könne, müsse Griechenland seine Strukturreformen beschleunigen und die Verhandlungen mit den Privatgläubigern über den freiwilligen Schuldenschnitt abschließen. Das zweite wichtige Thema in der Sitzung der Eurogruppe war der vorübergehende Krisenmechanismus EFSF. Aus der Herabstufung des Ratings der EFSF durch Standard & Poor's ergibt sich aus Sicht der Eurogruppe kein Handlungsbedarf. Bezüglich der Hebelung der Mittel des EFSF gibt es Fortschritte. Die Möglichkeit, eine Teilabsicherung für Staatsanleihen auszugeben, ist bereits ab Ende Januar verfügbar. Auch die zweite Hebelungsvariante, der sog. Ko-Investmentfonds soll bald operativ eingerichtet sein.



## **STAND DER VERHANDLUNGEN ÜBER DAS ABKOMMEN ZUR STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION (FISKALPAKT)**

Beim intergouvernementalen Treffen der Finanzminister am 23.01.2011 zum Abkommen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion wurden zwar gute Fortschritte erzielt, zu einer Einigung kam es aber noch nicht. Am 27.01.2012 wird es zur Vorbereitung der Sitzung des ER nochmal eine Sitzung der Ad hoc-Arbeitsgruppe geben. Auch wenn die Arbeiten am Text des Abkommens inzwischen weit fortgeschritten sind, konnten zentrale Streitpunkte wie z. B. die konkrete Ausgestaltung der Schuldenbremse, insbesondere die Frage der Verankerung auf Verfassungsebene, noch nicht ausgeräumt werden. Weitere wichtige Diskussionspunkte sind insbesondere die Ausgestaltung der Kontrollrechte des EuGH mit Sanktionsmöglichkeiten und der Anwendungsbereich der Entscheidung mit umgekehrter qualifizierter Mehrheit. Diese bleiben einer politischen Entscheidung durch den ER am 30.01.2012 vorbehalten.

<http://www.openeurope.org.uk/research/190112fiscalpact.pdf>

## **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 23./24.01.2012**

Der Rat hat seine Position (allgemeine Ausrichtung) zur geplanten Verordnung über OTC-Derivate angepasst. Auf der Grundlage dieser Verordnung sollen alle Derivategeschäfte zentralen Datacentern gemeldet werden. Standardisierte OTC-Derivate-Kontrakte sollen zudem prinzipiell durch zentrale Gegenparteien abgewickelt werden. Der Rat ist dem EP entgegengekommen, indem er der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA – unter bestimmten Voraussetzungen – ein Letztentscheidungsrecht bei der Zulassung einer zentralen Gegenpartei zugestanden hat. Damit wurde die Grundlage geschaffen, um die Trilogverhandlungen zu einem zügigen Abschluss zu bringen und eine Einigung mit dem EP in erster Lesung zu erreichen.

Der Rat hat entsprechend dem Vorschlag der Kommission gemäß Art. 126 Abs. 8 AEUV festgestellt, dass Ungarn keine ausreichenden Maßnahmen zur Korrektur seines übermäßigen Defizits getroffen hat. Ungarn hat im Jahr 2011 zwar formal das Defizitziel erreicht. Dies sei aber nur durch Einmalmaßnahmen wie den Transfer von privaten Rentenfonds in den Staatshaushalt erreicht worden. Ohne diese Maßnahmen hätte das Defizit bei über 6 % des BIP gele-



gen. Die Nichtbeachtung der Ratsempfehlungen könnte im Falle Ungarns zur Aussetzung von Strukturfondsmittel ab 2013 führen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/127516.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/127516.pdf)

### **KOMMISSION, EZB UND IWF BEWERTEN UMSETZUNG DES KONSOLIDIERUNGS- UND REFORMPROGRAMMS IN IRLAND POSITIV**

Die sog. „Troika“, die aus Mitarbeitern der Kommission, der EZB und des IWF besteht, ist im Rahmen der vierteljährlichen Überprüfung des Konsolidierungs- und Reformprogramms in Irland vom 10. - 19.01.2012 zu dem Ergebnis gekommen, dass Irland das Programm bisher konsequent umsetzt. Aus Sicht der Troika kann vor diesem Hintergrund die nächste Tranche aus dem Rettungspaket für Irland in Höhe von 9,7 Mrd. € (3,2 Mrd. € vom IWF und 6,5 Mrd. € von EFSF/EFSM) ausgezahlt werden. Die Auszahlung muss allerdings noch von den Finanzministern und vom IWF gebilligt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/21>

### **KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR EINFÜHRUNG EINER ZENTRALEN ANLAUFSTELLE ZUR ERFÜLLUNG MEHRWERTSTEUERLICHER PFLICHTEN BEI ELEKTRONISCHEN DIENSTLEISTUNGEN**

Die Kommission hat am 13.01.2012 einen Vorschlag zur Einführung einer zentralen Anlaufstelle für elektronisch erbrachte Dienstleistungen ab dem 01.01.2015 veröffentlicht. Für Nicht-EU-Unternehmen, die elektronische Dienstleistungen erbringen, gibt es bereits eine zentrale Anlaufstelle. Künftig soll diese Regelung auch für EU-Unternehmen gelten und neben elektronischen Dienstleistungen auch Telekom- und Rundfunkdienste erfassen. Sie ermöglicht es dem Dienstleistungserbringer, für die Mehrwertsteuererklärung ein Webportal zu nutzen.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/vat/key\\_documents/legislation\\_proposed/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/vat/key_documents/legislation_proposed/index_de.htm)

### **KOMMISSION ERNENNT VORSITZENDEN DER HOCHRANGIGEN SACHVERSTÄNDIGENGRUPPE FÜR DIE REFORM DES BANKENSEKTORS**

Am 17.01.2012 gab *Michel Barnier*, der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, bekannt, dass er in Absprache mit Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* den derzeitigen Präsidenten der Bank von Finnland und



früheren Kommissar für Unternehmen und die Informationsgesellschaft, *Erkki Liikanen*, zum Vorsitzenden einer noch einzurichtenden Hochrangigen Sachverständigengruppe für die Reform des Bankensektors ernannt habe. Die weiteren Mitglieder sollen in Kürze benannt werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/barnier/headlines/news/2012/01/20120116\\_en.htm#top](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/headlines/news/2012/01/20120116_en.htm#top)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 23./24.01.2012**

Der Rat hat seine Position (allgemeine Ausrichtung) zur geplanten Verordnung über OTC-Derivate angepasst. Auf der Grundlage dieser Verordnung sollen alle Derivategeschäfte zentralen Datacentern gemeldet werden. Standardisierte OTC-Derivate-Kontrakte sollen zudem prinzipiell durch zentrale Gegenparteien abgewickelt werden. Der Rat ist dem EP entgegengekommen, indem er der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA – unter bestimmten Voraussetzungen – ein Letztentscheidungsrecht bei der Zulassung einer zentralen Gegenpartei zugestanden hat. Damit wurde die Grundlage geschaffen, um die Trilogverhandlungen zu einem zügigen Abschluss zu bringen und eine Einigung mit dem EP in erster Lesung zu erreichen.

Der Rat hat entsprechend dem Vorschlag der Kommission gemäß Art. 126 Abs. 8 AEUV festgestellt, dass Ungarn keine ausreichenden Maßnahmen zur Korrektur seines übermäßigen Defizits getroffen hat. Ungarn hat im Jahr 2011 zwar formal das Defizitziel erreicht. Dies sei aber nur durch Einmalmaßnahmen wie den Transfer von privaten Rentenfonds in den Staatshaushalt erreicht worden. Ohne diese Maßnahmen hätte das Defizit bei über 6 % des BIP gelegen. Die Nichtbeachtung der Ratsempfehlungen könnte aber im Falle Ungarns zur Aussetzung von Strukturfondsmitteln ab 2013 führen (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/127516.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/127516.pdf)



## **ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZU LEITLINIEN FÜR REGIONALBEIHILFEN**

Die Kommission hat am 24.01.2012 eine Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für Regionalbeihilfen gestartet. Die aktuellen Leitlinien laufen Ende 2013 aus, da ihre Geltung an die laufende Förderperiode der europäischen Regionalpolitik gekoppelt ist. Interessierte Kreise werden in zehn Abschnitten zu ihren Erfahrungen mit dem aktuellen Regime der Regionalbeihilfen befragt und können sich zu Reformideen der Kommission äußern. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 26.04.2012 möglich.

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_regional\\_stateaid/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_regional_stateaid/index_en.html)

## **BEIHLIFERECHTLICHE ENTSCHEIDUNGEN DER KOMMISSION GEGEN DEUTSCHLAND: RÜCKFORDERUNGSANORDNUNG IM VERFAHREN DEUTSCHE POST, ERÖFFNUNG DES HAUPTPRÜFVERFAHRENS IN FLUGHAFENFÄLLEN**

Am 25.01.2012 hat die Kommission mehrere Entscheidungen in beihilferechtlichen Verfahren getroffen, darunter auch in verschiedenen Deutschland betreffenden Fällen: Zum einen hat sie im Prüfverfahren Deutsche Post AG Subventionen zum Ausgleich von Pensionskosten ab dem Jahr 1995 als unzulässige Beihilfe angesehen und eine Rückforderung im Rahmen von 500 Mio. € bis 1 Mrd. € angeordnet. Zum anderen hat sie in den Verfahren gegen die deutschen Regionalflughäfen Niederrhein-Weeze (Nordrhein-Westfalen) und Altenburg-Nobitz (Thüringen) die zweite Stufe des Prüfverfahrens, das sog. „Hauptprüfverfahren“ eingeleitet, mit dem sie von der interessierten Allgemeinheit nähere Informationen über möglicherweise unzulässige Beihilfen (Zuschüsse, Darlehen, Kapitaleinlagen) erbittet. Sie hat Zweifel, dass die gewährten Vorteile dem Grundsatz des marktmäßig handelnden Privatinvestors genügen. Im Falle von Altenburg hält die Kommission zudem unrechtmäßige Beihilfen an die Fluggesellschaft Ryanair etwa in Form von Gebührennachlässen und Marketingmaßnahmen für möglich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/37&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/44&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



## **RESOLUTION DES EP ZUR RAUMFAHRTPOLITIK: FORDERUNG NACH EINER FINANZIERUNG VON GMES AUS DEM EU-HAUSHALT**

Das EP hat am 19.01.2011 seinen Standpunkt zur Weltraumstrategie der EU festgelegt. Bezugspunkt ist insbesondere die Mitteilung der Kommission „Auf dem Weg zu einer Weltraumstrategie der Europäischen Union im Dienste der Bürgerinnen und Bürger“ vom 04.04.2011. Das EP unterstreicht die große wirtschafts- und technologiepolitische Bedeutung sowohl des Satellitennavigationsprogramms GALILEO als auch des Erdbeobachtungsprogramms GMES für die EU. Die Kommission wird aufgefordert, die Finanzierung von GMES auch in der nächsten Haushaltsperiode 2014 bis 2020 aus dem EU-Haushalt zu leisten, so wie sie das auch für GALILEO vorgeschlagen habe.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120118IPR35646/html/Space-policy-MEPs-worried-about-uncertain-future-of-earth-observation-programme>

## **MITTEILUNG DER KOMMISSION ÜBER SESAR**

Die Kommission hat bereits am 22.12.2011 eine Mitteilung zu Entscheidungsstrukturen und Anreizregelungen für die Errichtung von SESAR, dem Technologie-Pfeiler des einheitlichen europäischen Luftraums, vorgestellt. Kernstück von SESAR ist der europäische Masterplan für ein Flugverkehrsmanagement, der den Rahmen für die Zusammenarbeit aller betroffenen Akteure bildet.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0923:FIN:DE:PDF>

## **KOMMISSION LEGT EUROPÄISCHEN WETTBEWERBSBERICHT 2011 VOR**

Am 13.01.2012 hat die Kommission den 14. Europäischen Wettbewerbsbericht vorgestellt. Nach einer grundlegenden Analyse der Wirtschaftslage nach Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 bis 2010 geht der diesjährige Bericht insbesondere auf die Bereiche Dienstleistungen (mit Schwerpunkt der wissensintensiven Unternehmensdienstleistungen), Raumfahrt, den Zugang zu Nichtenergie-Rohstoffen und den Übergang zu einer ressourceneffizienten und CO<sub>2</sub>-armen Industrie ein. Für die Gesamtentwicklung, insbesondere nach der Krise, sind nach den Erkenntnissen der Kommission vor allem die Sektoren entscheidend, die bereits vor der Krise eine gesunde und robuste Entwicklung genommen haben. Ein wesentlicher Faktor sei



dabei der Anteil an Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Zu viele Mitgliedstaaten seien jedoch auf Sektoren mit geringer Innovationsintensität spezialisiert.

[http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item\\_id=5702&lang=en&tpa\\_id=0&ref=newsbytheme%2Ecfm%3Flang%3Den%26displayType%3Dlibrary%26fosubtype%3D%26tpa%3D0%26period%3Dlatest%26month%3D%26page%3D1](http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=5702&lang=en&tpa_id=0&ref=newsbytheme%2Ecfm%3Flang%3Den%26displayType%3Dlibrary%26fosubtype%3D%26tpa%3D0%26period%3Dlatest%26month%3D%26page%3D1)

### **EP NIMMT RICHTLINIE ÜBER ELEKTRO- UND ELEKTRONIK-ALTGERÄTE AN**

Am 19.01.2012 hat das EP in zweiter Lesung mit großer Mehrheit die Neufassung der Richtlinie 2002/96/EG vom 27.01.2003 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE-RL, Waste Electrical and Electronic Equipment) angenommen. Da der Beschluss des Plenums auf Basis der im Vorfeld mit dem Rat erzielten Einigung erfolgte, sind damit die langwierigen und kontroversen Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Die Überarbeitung der Richtlinie betrifft unter anderem die Entsorgung und Wiederverwertung von ausgedienten Elektrogeräten. Altgeräte, die keine Maße über 25 cm aufweisen, wie z. B. Handys, Rasierapparate oder Energiesparlampen, können in der EU ab 2016 in größeren Geschäften kostenlos abgegeben werden, auch wenn kein neues Gerät gekauft wird. Allerdings können Mitgliedstaaten hiervon absehen, sofern sie belegen können, dass bestehende alternative Sammelsysteme voraussichtlich mindestens ebenso wirksam sind. Ebenfalls ab 2016 soll ein Sammelziel von 45 % der durchschnittlich in den zurückliegenden drei Jahren verkauften Elektro-Neugeräte erreicht werden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0009+0+DOC+XML+V0//DE>

### **GRÜNBUCH: „UMSTRUKTURIERUNG UND ANTIZIPIERUNG VON VERÄNDERUNGEN: LEHREN AUS DEN JÜNGSTEN ERFAHRUNGEN“**

Die Kommission hat am 17.01.2012 eine europaweite öffentliche Debatte über Unternehmensumstrukturierungen und die Antizipierung von Veränderungen gestartet. Die Konsultation läuft bis 30.03.2012. Das vorgelegte Grünbuch „Umstrukturierung und Antizipierung von Veränderungen: Lehren aus den jüngsten Erfahrungen“ wird begleitet von einem Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen („Umstrukturierung in Europa 2011“). Ziel der Initiative ist es,





so die Kommission, erfolgreiche Praktiken und Strategien im Bereich der Umstrukturierungen und der Anpassung an Veränderungen zu ermitteln. Das Ergebnis der Konsultation soll in das nächste, im Arbeitsprogramm 2012 angekündigte „Paket beschäftigungspolitischer Maßnahmen“ und die erneuerte Flexicurity-Agenda (s. EB 20/2011) einfließen (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=699&consultId=9&furtherConsult=yes>

### **KOMMISSION KONSULTIERT ZU LANG-LKW**

Die Kommission hat bereits am 22.12.2011 eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie 96/53/EG eingeleitet, in der die höchsten zulässigen Gewichte und Größen von schweren LKW festgelegt werden. Die Fragen beziehen sich vor allem auf mögliche Modifikationen im Hinblick auf die Einbeziehung von Lang-LKW (oft als „Gigaliner“ bezeichnet). Bis jetzt habe es nur einzelne Pilotversuche gegeben, so dass sich die Kommission nun ein umfassendes Bild über mögliche Auswirkungen auf CO<sub>2</sub>-Emissionen, die Beanspruchung von Infrastruktur, die Straßenverkehrssicherheit und andere relevante Aspekte machen möchte. Die Konsultation läuft bis zum 27.02.2012.

[http://ec.europa.eu/transport/road/consultations/2012-02-27-weights-and-dimensions\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/road/consultations/2012-02-27-weights-and-dimensions_en.htm)

### **KOMMISSION STARTET EINE INITIATIVE ZUR ANBINDUNG VOM KMU AN RELEVANTE IT-STRUKTUREN IM TOURISMUSSEKTOR**

Am 17.01.2012 hat die Kommission unter dem Namen P.ICT.urism (Platform for ICT in Tourism) eine Initiative gestartet, die es im Tourismus tätigen KMU ermöglichen soll, sich effektiv und zu geringen Kosten in die zunehmend internetbasierte Tourismuswirtschaft zu integrieren. Bisher hätten sie typischerweise lediglich eigene einfache Webseiten entwickelt, ohne an Portale und andere Strukturen angebunden zu sein. Vor dem Hintergrund, dass sich die Nachfrage im Tourismus vom Massentourismus hin zu Individualreisen verschieben dürfte, sei für KMU eine rechtzeitige Umstellung und Eingliederung in relevante digitale Strukturen wirtschaftlich von großer Bedeutung.

[http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/ict/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/ict/index_en.htm)



## **KOMMISSION ERNENNT VORSITZENDEN DER HOCHRANGIGEN SACH- VERSTÄNDIGENGRUPPE FÜR DIE REFORM DES BANKENSEKTORS**

Am 17.01.2012 gab *Michel Barnier*, der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, bekannt, dass er in Absprache mit Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* den derzeitigen Präsidenten der Bank von Finnland und früheren Kommissar für Unternehmen und die Informationsgesellschaft, *Erkki Liikanen*, zum Vorsitzenden einer noch einzurichtenden Hochrangigen Sachverständigengruppe für die Reform des Bankensektors ernannt habe. Die weiteren Mitglieder sollen in Kürze benannt werden.

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/barnier/headlines/news/2012/01/20120116\\_en.htm#top](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/headlines/news/2012/01/20120116_en.htm#top)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

## **ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 23.01.2012 IN BRÜSSEL**

Am 23.01.2012 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei („Agrarrat“) in Brüssel. Die Minister diskutierten über die Kommissionsvorschläge zur gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (GMO) im Rahmen der GAP-Reform. Dabei forderten viele Mitgliedstaaten eine Fortsetzung der Quotenregelung im Zuckersektor und eine Beibehaltung der Pflanzrechtregelung im Weinbau. Im Arbeitsprogramm der dänischen Ratspräsidentschaft sei die Konkretisierung der Diskussion zur GAP das zentrale Thema, so die dänische Ministerin *Mette Gjerskov*. Außerdem präsentierte Verbraucherkommissar *Dalli* die EU-Strategie für den Tierschutz und die niederländische Delegation informierte zum Schmallenberg-Virus. Ohne Diskussion wurde der auf den vergangenen Agrarräten ausgehandelte Kompromiss zur Übergangslösung für das Bedürftigenhilfsprogramm mit qualifizierter Mehrheit angenommen (s. EB 22/2011). Die Zustimmung gilt rückwirkend ab dem 01.01.2012 für die Jahre 2012 und 2013. Die folgende Tagung des Agrarrats, die für den 23.02.2012 angesetzt war, wurde abgesagt. Die dänische Präsidentschaft kündigte eine Fortführung der Beratung zu den Themen Vereinfachung und Direktzahlungen für den Agrarrat am 19./20.03.2012 an.

Weitere Informationen unter:

[http://consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/agricult/127489.pdf](http://consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/127489.pdf)



## 50 JAHRE GEMEINSAME AGRARPOLITIK

Unter dem Motto „Eine Partnerschaft zwischen Europa und Europas Landwirten“ startete die Kommission am 23.01.2012 die Kommunikationskampagne zu fünfzig Jahren GAP, einem Eckpfeiler der europäischen Integration. An der Eröffnungsveranstaltung am Rande des Agrarrats nahmen neben Agrarkommissar *Cioloş*, den anwesenden Ministern und Kommissionspräsident *Barroso* auch die ehemaligen Agrarkommissare *Fischer-Boel* und *Andriessen* teil. Zur Kommunikationskampagne, die sich über ein ganzes Jahr erstreckt, gehören eine interaktive Website, eine Wanderausstellung sowie eine Reihe von Veranstaltungen in Brüssel und den Mitgliedstaaten.

Internetseite der Kommission unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/50-years-of-cap/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/50-years-of-cap/index_de.htm)

Rede von Kommissionspräsident *Barroso* unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/24&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/36&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## EP-ENTSCHLIESSUNG ZUR VERSCHWENDUNG VON LEBENSMITTELN

Am 19.01.2012 hat das Plenum des EP den Bericht „Schluss mit der Verschwendung von Lebensmitteln – Strategien für eine effizientere Lebensmittelversorgungskette in der EU“ des Abgeordneten *Salvatore Caronna* (S&D/ITA) angenommen. Die Abgeordneten bringen darin ihre Sorge zum Ausdruck, dass etwa 50 % der erzeugten Lebensmittel weggeworfen, verschwendet oder entsorgt werden. Sie fordern die Kommission dazu auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis 2025 zu erreichen. Angeregt werden beispielsweise Informations- und Aufklärungsarbeit an Schulen und Universitäten sowie die Aufklärung der Verbraucher über Mindesthaltbarkeits- und Verfallsdatum. Das Jahr 2014 solle zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung erklärt werden.

EP-EntschlieÙung unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0014+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



## **EP-ENTSCHLIESSUNG ZUR VERSORGUNGSKETTE FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE BETRIEBSMITTEL**

Das Plenum des EP hat am 19.01.2012 den Bericht „Die Versorgungskette für landwirtschaftliche Betriebsmittel – Struktur und Folgen“ von MdEP *José Bové* (Grüne/EFA/FRA) angenommen. Steigende und stark schwankende Preise für Betriebsmittel wie Energie, Saatgut, Dünge- und Futtermittel destabilisierten die Betriebe. Deshalb fordern die Abgeordneten eine strengere Überwachung des vorgelagerten Bereichs aber auch der nachgelagerten Lebensmittelvertriebskette. Die Wettbewerbsbehörden der EU und der Mitgliedstaaten werden aufgerufen, die Ausnutzung von Marktmacht auf unlauteren Wettbewerb hin zu untersuchen. Außerdem fordern die Abgeordneten mehr Informationsaustausch zur ressourcenschonenden Landbewirtschaftung und zur Senkung des Betriebsmitteleinsatzes im Rahmen der GAP.

EP-Entscheidung unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0011+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **INTERNATIONALES JAHR DER GENOSSENSCHAFTEN**

Das Jahr 2012 wurde von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt. Im Rahmen einer von Cogeca (Europäischer Dachverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften) am 12.01.2012 organisierten Pressekonferenz wiesen verschiedene europäische Genossenschaftsverbände auf die Bedeutung dieser Organisationsform hin.

## **NEUE EU-TIERSCHUTZSTRATEGIE**

Die Kommission hat am 19.01.2012 ihre zweite Strategie für den Schutz und das Wohlergehen von Tieren verabschiedet, welche auf vier Jahre (2012 - 2015) angelegt ist und auf den Erfahrungen mit dem vorhergehenden Aktionsplan 2006 - 2010 aufbaut. Ziel ist es, durch verschiedene EU-Maßnahmen, die die neuesten wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse berücksichtigen, den Tierschutz mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten in Einklang zu bringen. Auf der Agenda stehen ein möglicher Legislativvorschlag für ein umfassendes Tierschutzrecht (2014) sowie die Unterstützung der besseren und einheitlichen Durchführung bestehender Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten, die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, eine bessere Verbraucherinformation, die Optimierung von Synergien mit der Gemeinsamen



Agrarpolitik und die Durchführung von Studien bei bestimmten Tierarten, wie z. B. Zuchtfischen. Im Jahr 2012 soll es z. B. Durchsetzungsmaßnahmen zum Schutz von Legehennen und zur Gruppenhaltung von Sauen sowie Durchführungsbestimmungen für Schlachtung und Transport geben. Im Folgenden werden das EP und der Rat die Strategie beraten (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/actionplan/docs/aw\\_strategy\\_19012012\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/actionplan/docs/aw_strategy_19012012_de.pdf)

### **KOMMISSION GEHT GEGEN MANGELNDE UMSETZUNG DES VERBOTS DER KONVENTIONELLEN KÄFIGHALTUNG VON LEGEHENNEN VOR**

Am 26.01.2012 hat die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten eingeleitet, die es versäumt haben, bis zum 01.01.2012 das Verbot der Haltung von Legehennen in konventionellen bzw. nicht-ausgestalteten Käfigen umzusetzen. An insgesamt 13 Mitgliedstaaten wurde ein sogenanntes Fristsetzungsschreiben versandt: FRA, BEL, BGR, CYP, GRC, HUN, ITA, LVA, NLD, POL, PRT, ROU und ESP. Diese Staaten haben nun Gelegenheit, sich innerhalb von zwei Monaten zu den Vorwürfen der Kommission zu äußern und Maßnahmen zu ergreifen, um den Verstoß abzustellen. Für die Umstellung von auf sogenannte „ausgestaltete Käfige“ war eine Übergangsfrist von insgesamt zwölf Jahren vorgesehen (s. EB 20/2011, 18/2011 und Beitrag des StMUG in diesem EB).

Information der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/47&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/laying\\_hens\\_de.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/laying_hens_de.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **GRÜNBUCH: „UMSTRUKTURIERUNG UND ANTIZIPIERUNG VON VERÄNDERUNGEN: LEHREN AUS DEN JÜNGSTEN ERFAHRUNGEN“**

Die Kommission hat am 17.01.2012 eine europaweite öffentliche Debatte über Unternehmensumstrukturierungen und die Antizipierung von Veränderungen gestartet. Die Konsultation läuft bis 30.03.2012. Das vorgelegte Grünbuch



„Umstrukturierung und Antizipierung von Veränderungen: Lehren aus den jüngsten Erfahrungen“ wird begleitet von einem Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen („Umstrukturierung in Europa 2011“). Ziel der Initiative sei es, so die Kommission, erfolgreiche Praktiken und Strategien im Bereich der Umstrukturierungen und der Anpassung an Veränderungen zu ermitteln. Das Ergebnis der Konsultation soll in das nächste im Arbeitsprogramm 2012 angekündigte „Paket beschäftigungspolitischer Maßnahmen“ und die erneuerte Flexicurity-Agenda (s. EB 20/2011) einfließen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=699&consultId=9&furtherConsult=yes>

#### **PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 16. - 19.01.2012 IN STRASSBURG: STRENGERE KONTROLLEN BEI SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG**

Das EP will Biozidprodukte wie z.B. Rattengift oder Desinfektionsmittel strengeren Sicherheitskontrollen unterziehen. Dies geht aus einer Verordnung über die „Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten“ hervor, die das EP am 19.01.2012 angenommen hat. Damit solle die öffentliche Gesundheit und Umwelt besser geschützt werden bei gleichzeitiger Strafung des Marktzulassungsverfahrens.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/press-release/plenary/>

#### **EUROBAROMETER: UMFRAGE ZUM AUFTAKT DES EUROPÄISCHEN JAHR DES AKTIVEN ALTERNS UND DER SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN 2012**

Zu Auftakt des „Europäischen Jahrs für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“ hat die Kommission am 13.01.2012 eine Eurobarometer-Umfrage vorgelegt, der zufolge 71 % der Europäer sich darüber im Klaren sind, dass die Bevölkerung Europas immer älter wird, aber lediglich 42 % diese Entwicklung besorgniserregend finden. Nach Ansicht der meisten Bürgerinnen und Bürger spielen Menschen ab 55 Jahren eine wichtige Rolle in den Schlüsselbereichen der Gesellschaft. Mehr als 60 % gaben an, man sollte auch nach dem Eintritt ins Rentenalter weiterarbeiten dürfen, und ein Drittel der Befragten erklärte, selbst gerne länger arbeiten zu wollen. Mit der Eurobarometer-Umfrage werden die Bereiche allgemeine Einstellungen zum Alter und zu älteren Menschen, ältere Menschen am Arbeitsplatz, Ruhestand und Ren-



ten bzw. Pensionen, Freiwilligentätigkeiten sowie Unterstützung für ältere Menschen und eine altersfreundliche Umgebung abgedeckt. Die Ergebnisse der Umfrage wurden im Vorfeld der Eröffnungskonferenz des Europäischen Jahrs 2012 veröffentlicht, die am 18./19.01.2012 in Kopenhagen stattfand.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1161&furtherNews=yes>

### **QUARTALSBERICHT ÜBER SOZIALE LAGE UND BESCHÄFTIGUNGSSITUATION VORGESTELLT**

Die Kommission hat am 10.01.2012 ihren Quartalsbericht über die soziale Lage und Beschäftigungssituation vorgelegt. Danach sei das moderate Beschäftigungswachstum im dritten Quartal 2011 mit -0,1 % zum Stillstand gekommen, teilte die Kommission mit. Im Rahmen dieses Trends meldeten mehr Mitgliedstaaten einen langsameren Beschäftigungsaufbau oder gar ein Sinken der Beschäftigung. Zudem habe die Arbeitslosenquote in Europa mit einer Rate von 9,8 % historische Höchststände erreicht. Mit Blick auf Deutschland führte die Kommission aus, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Jahren 2008/2009 immer noch deutliche Spuren beim Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit hinterlasse: Mitte des vergangenen Jahres waren 43 % aller Arbeitslosen mindestens ein Jahr ohne Arbeitsplatz (40 % Mitte 2010, ein Drittel Mitte 2009).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/3&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND BILDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS BEFASST SICH ERSTMALS MIT DEM KOMMISSIONSVORSCHLAG „ERASMUS FÜR ALLE“**

Im Rahmen der Vorstellung der Prioritäten des dänischen Ratsvorsitzes im Bereich der Bildung durch die dänische Bildungsministerin *Christine Antorini* hat sich der Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments (EP) am 24. Januar 2012 erstmals auch mit dem Verordnungsvorschlag der Kommission für das neue Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm 2014-2020 „Erasmus für alle“ befasst und dabei eine insgesamt eher kritische Haltung gegenüber demselben eingenommen. Der Ausschuss hat zudem den Abge-



ordneten bestimmt, der im EP für den Verordnungsvorschlag für das neue Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm 2014-2020 „Erasmus für alle“ federführend zuständig sein wird: Die langjährige und erst Anfang der Woche abermals bestätigte Ausschussvorsitzende MdEP *Doris Pack* (EVP/DEU) wird in ihrer Funktion als Berichterstatterin die Vorlage für die Stellungnahme des gesamten Ausschusses vorbereiten, die ihrerseits als Entscheidungsgrundlage für das Plenum des EP dient.

### **KOMMISSION LEGT LANG ERWARTETE VORSCHLÄGE ZUR REFORM DES DATENSCHUTZRECHTS VOR**

Die Kommission hat am 25.01.2012 die lang erwarteten Legislativvorschläge zur Überarbeitung des EU-Datenschutzrechts vorgelegt. Mit zwei Rechtsakten (Datenschutz-Grundverordnung, Richtlinie für den Bereich Polizei und Justiz), die die Datenschutzrichtlinie (95/45/EG) von 1995 ersetzen, soll eine umfassende Reform des Datenschutzes in der EU erreicht werden. Mit der Datenschutz-Grundverordnung soll es ein EU-weit geltendes Gesamtregelwerk für den Datenschutz geben. Der Richtlinienvorschlag soll individuelle Schutzrechte gegen die Datenverarbeitung im Bereich von Polizei und Justiz garantieren und erfasst ausdrücklich Datenverarbeitungsverfahren auch bei rein innerstaatlichen Sachverhalten. Durch die neuen Regeln sollen die Online-Rechte des Einzelnen auf Wahrung der Privatsphäre gestärkt und die digitale Wirtschaft Europas angekurbelt werden. Zudem soll das Vertrauen der Verbraucher in Online-Dienste gestärkt und so dringend benötigte Impulse für den digitalen Binnenmarkt gegeben werden. Die Vorschläge sind in Deutschland und in der EU auf ein geteiltes Echo gestoßen (s. hierzu den Beitrag des StMI in diesem EB).

Mitteilung:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_9\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_9_de.pdf)

Verordnung:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_11\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_11_de.pdf)

Richtlinie:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_10\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_10_de.pdf)

Hintergrundinformationen (Englisch):





[http://ec.europa.eu/justice/newsroom/data-protection/news/120125\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/newsroom/data-protection/news/120125_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT VERGIBT „ADVANCED GRANTS“ 2011**

Mit den diesjährigen „Advanced Grants“ und einem Gesamtfördervolumen von 660 Mio. € unterstützt der Europäische Forschungsrat (ERC) europaweit 294 Projekte von Spitzenforschern mit jeweils bis zu 3,5 Mio. €. Deutsche und bayerische Forscher haben dabei in dieser hochkompetitiven Königsdisziplin des EU-Forschungswettbewerbs erfreulich gut abgeschnitten. Unter den EU-Mitgliedstaaten belegt zwar nach wie vor das Vereinigte Königreich unangefochten den ersten Platz, Forscher an deutschen Einrichtungen haben aber die Verfolgerposition verfestigt und den Abstand zu Frankreich vergrößert. Innerhalb Deutschlands werden Fördermittel an 52 universitäre und außeruniversitäre Forschungsvorhaben vergeben. Unter den Universitäten sind Einrichtungen des Freistaats Bayern mit zwölf Projekten deutschlandweit Spitzenreiter, während Baden-Württemberg als zweitstärkstes Land auf neun geförderte Projekte kommt.

Pressemitteilung des ERC:

[http://erc.europa.eu/sites/default/files/press\\_release/files/press\\_release\\_adg2011\\_results.pdf](http://erc.europa.eu/sites/default/files/press_release/files/press_release_adg2011_results.pdf)

### **ENERGIEFORSCHUNG: AUSSCHREIBUNG IM PROGRAMM „INTELLIGENTE ENERGIE EUROPA“**

Am 20.01.2012 hat die Kommission die diesjährige Ausschreibung im Programm „Intelligente Energie Europa (IEE)“, welches Teil des Forschungsrahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) ist, veröffentlicht. Die Möglichkeit zur Antragstellung besteht bis zum 08.05.2012. Für die Initiative „Build Up Skills“ gilt eine abweichende Antragsfrist.

Informationen zur Ausschreibung:

[http://ec.europa.eu/energy/intelligent/getting-funds/call-for-proposals/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/intelligent/getting-funds/call-for-proposals/index_en.htm)



## EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTÄDTE 2012

Guimarães und Maribor sind im Jahr 2012 europäische Kulturhauptstädte. Am 21.01.2012 leiteten Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* und Portugals Präsident *Anibal Cavaco Silva* die Eröffnungsfeierlichkeiten in Guimarães ein. Das Kulturprogramm der einstigen Hauptstadt Portugals möchte Bezüge zur Geschichte der Stadt herstellen und gleichzeitig gegenwärtige Themen im Kulturbereich ansprechen. Ein internationales Mobilitätsprogramm soll u. a. den Austausch mit Maribor, der zweiten Kulturhauptstadt 2012, ermöglichen. In Maribor begingen die Kommissarin für Kultur, *Androulla Vassiliou*, und Sloweniens Präsident *Danilo Türk* bereits am 14.01.2012 den einleitenden Festakt. „Zeitenwende“ lautet hier das Marketing-Motto. Dabei soll die lokale Bevölkerung mehr in das kulturelle Leben der zweitgrößten Stadt des Landes integriert werden. Das Projekt muss mit einem niedrigen Budget auskommen, da die verfügbaren Mittel sich als Folge der Wirtschaftskrise drastisch verringerten.

<http://www.guimaraes2012.pt/>

<http://www.maribor2012.eu/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

## ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 23.01.2012 IN BRÜSSEL

Am 23.01.2012 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei („Agrarrat“) in Brüssel. Die Minister diskutierten über die Kommissionsvorschläge zur gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (GMO) im Rahmen der GAP-Reform. Dabei forderten viele Mitgliedstaaten eine Fortsetzung der Quotenregelung im Zuckersektor und eine Beibehaltung der Pflanzrechtregelung im Weinbau. Außerdem präsentierte Verbraucherkommissar *Dalli* die EU-Strategie für den Tierschutz und die niederländische Delegation informierte zum Schmallenberg-Virus. Die folgende Tagung des Agrarrats, die für den 23.02.2012 angesetzt war, wurde abgesagt. Die dänische Präsidentschaft kündigte eine Fortführung der Beratung zu den Themen Vereinfachung und Direktzahlungen für den Agrarrat am 19./20.03.2012 an (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[http://consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/agricult/127489.pdf](http://consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/127489.pdf)



## **EP-PLENUM VOM 16.01. BIS 19.01.2012 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG**

Auf der Tagung vom 16.01. bis 19.01.2012 in Straßburg hat das Plenum des Europäischen Parlamentes (EP) u. a. legislative Entschlüsse zur Neufassung der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte und zur Verordnung über die Bereitstellung und Verwendung von Biozidprodukten angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0009+0+DOC+XML+V0//DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0010+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **BESSERE NATIONALE UMSETZUNG DER EU-ABFALLGESETZE WÜRDE ZU ERHEBLICHEN EINSPARUNGEN FÜHREN**

Nach der am 13.01.2012 von der Kommission vorgestellten Studie „Implementing EU Waste Legislation for Green Growth“ könnte die vollständige Umsetzung der EU-Abfallgesetze in allen Mitgliedstaaten zu Einsparungen von jährlich 72 Mrd. € bis zum Jahr 2020, zur Schaffung von 400.000 Arbeitsplätzen sowie zu einer Steigerung des Jahresumsatzes der EU-Abfallbewirtschaftungs- und Recyclingindustrie von 42 Mrd. € führen.

<http://ec.europa.eu/environment/waste/studies/pdf/study%2012%20FINAL%20REPORT.pdf>

## **NEUE EU-TIERSCHUTZSTRATEGIE**

Die Kommission hat am 19.01.2012 ihre zweite Strategie für den Schutz und das Wohlergehen von Tieren verabschiedet, welche auf vier Jahre (2012 - 2015) angelegt ist und auf den Erfahrungen mit dem vorhergehenden Aktionsplan 2006 - 2010 aufbaut. Ziel ist es, durch verschiedene EU-Maßnahmen, die die neuesten wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse berücksichtigen, den Tierschutz mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten in Einklang zu bringen. Auf der Agenda stehen ein möglicher Legislativvorschlag für ein umfassendes Tierschutzrecht (2014) sowie die Unterstützung der besseren und einheitlichen Durchführung bestehender Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten, die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, eine bessere Verbraucherinformation, die Optimierung von Synergien mit der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Durchführung von Studien bei bestimmten Tierarten wie z. B. Zuchtfischen. Im Jahr 2012 soll es z. B. Durchsetzungs-



maßnahmen zum Schutz von Legehennen und zur Gruppenhaltung von Sauen sowie Durchführungsbestimmungen für Schlachtung und Transport geben. Im Folgenden werden das EP und der Rat die Strategie beraten.

[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/actionplan/docs/aw\\_strategy\\_19012012\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/actionplan/docs/aw_strategy_19012012_de.pdf)

### **KOMMISSION GEHT GEGEN MANGELNDE UMSETZUNG DES VERBOTES DER KONVENTIONELLE KÄFIGHALTUNG VON LEGEHENNEN VOR**

Am 26.01.2012 hat die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten eingeleitet, die es versäumt haben, bis zum 01.01.2012 das Verbot der Haltung von Legehennen in konventionellen bzw. nicht-ausgestalteten Käfigen umzusetzen. An insgesamt 13 Mitgliedstaaten wurde ein sog. Fristsetzungsschreiben versandt: Frankreich, Belgien, Bulgarien, Zypern, Griechenland, Ungarn, Italien, Lettland, die Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien und Spanien. Diese Staaten haben nun Gelegenheit, sich innerhalb von zwei Monaten zu den Vorwürfen der Kommission zu äußern und Maßnahmen zu ergreifen, um den Verstoß abzustellen. Für die Umstellung von auf sog. „ausgestaltete Käfige“ war eine Übergangsfrist von insgesamt zwölf Jahren vorgesehen (siehe auch EB 20/11, 18/11).

Information der Kommission:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/47&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/laying\\_hens\\_de.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/laying_hens_de.htm)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **IP-FORUM: KROES ÄUSSERT SICH ZU HERAUSFORDERUNGEN UND MÖGLICHKEITEN DES ONLINE-VERTRIEBES VON AUDIOVISUELLEN WERKEN**

Am 24.01.2012 fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe „IP Forum“, die von *Marielle Gallo* (EVP/FRA) der Verfasserin des „Gallo“-Berichts zur besseren „Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums im Binnenmarkt“ initiiert wurde, eine Diskussionsrunde über den Online-Vertrieb von audiovisuellen und musikalischen Inhalten mit rund 350 Teilnehmern im EP statt. Die Debatte wurde mit einer Rede der für die digitale Agenda zuständigen Kommissarin,



Vizepräsidentin *Neelie Kroes* eröffnet. Im Anschluss daran diskutierten auf dem Podium verschiedene Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und von Interessensverbänden der IKT-Branche u. a. über die Notwendigkeit einer Urheberrechtsnovelle, die Bekämpfung von Internetpiraterie sowie über neue Geschäfts- und Finanzierungsmodelle im digitalen Zeitalter. Kritisiert wurde, dass Autoren und Kunstschaffende nicht vertreten waren. Im Rahmen der Diskussion zeichnete sich eine einheitliche Auffassung in dem Sinne ab, dass eine Anpassung des europäischen Urheberrechtsrahmens an die Herausforderungen im digitalen Umfeld schnell zu erfolgen habe.

Die Rede von *Neelie Kroes* ist abrufbar unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/30&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Nähere Informationen zur Veranstaltung:

<http://www.ipforum.eu/categorie/online-distribution-of-audiovisual-and-music-works-in-the-eu.html>

### **VORSCHLÄGE ZUR DATENSCHUTZRECHTSREFORM VORGELEGT**

Die Kommission hat am 25.01.2012 ihre Vorschläge zur umfassenden Überarbeitung des EU-Datenschutzrechts vorgelegt, mit dem Ziel, Online-Rechte des Einzelnen auf Wahrung der Privatsphäre zu stärken und die digitale Wirtschaft Europas anzukurbeln (EB 09, 20/11). Sie bestehen aus einer Mitteilung über die politischen Ziele und zwei Legislativvorschlägen (Datenschutz-Grundverordnung, Richtlinie für den Bereich Polizei und Justiz), die die Datenschutzrichtlinie (95/45/EG) von 1995 ersetzen sollen. Im EP sind die Vorschläge auf überwiegend positives Echo gestoßen. So erklärte die Abgeordnete *Angelika Niebler* (EVP/DEU), eine Vereinheitlichung des europäischen Flickenteppichs sei dringend notwendig. Zudem bekomme der Internetnutzer endlich mehr Kontrolle über sein digitales „Ich“.

Mitteilung:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_9\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_9_de.pdf)

Verordnung:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_11\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_11_de.pdf)

Richtlinie:

[http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com\\_2012\\_10\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/document/review2012/com_2012_10_de.pdf)



[protection/document/review2012/com\\_2012\\_10\\_de.pdf](#)

Hintergrundinformationen (Englisch):

[http://ec.europa.eu/justice/newsroom/data-protection/news/120125\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/newsroom/data-protection/news/120125_en.htm)

### **EUROPÄISCHE AUDIOVISUELLE BEOBACHTUNGSSTELLE VERÖFFENTLICHT BERICHT ZUR KINODIGITALISIERUNG**

Am 18.01.2012 veröffentlichte die Europäische Audiovisuelle Beobachtungsstelle die aktuellen Zahlen und Fakten sowie die neuesten Entwicklungs- und Strukturanalysen zum Thema „Digitales Kino“ (s. EB 17/10). Laut diesem Bericht waren Ende 2011 bereits 18.500 Kinosäle und damit 52 % aller europäischen Kinos digitalisiert. Die genannten Erfolge werden laut Beobachtungsstelle jedoch durch den Umstand geschmälert, dass es europaweit trotz nationaler und europäischer Fördermaßnahmen fast ausschließlich die großen Multiplexkinos (89 %) sind, die den finanziellen Aufwand der Umrüstung von analog auf digital tatsächlich bewältigen.

Der vollständige Bericht ist in Papier- oder PDF-Form unter folgendem Link bestellbar:

[http://www.obs.coe.int/oea\\_publ/market/european\\_digital\\_cinema.html](http://www.obs.coe.int/oea_publ/market/european_digital_cinema.html)

Weitere Informationen unter:

<http://www.obs.coe.int/about/oea/pr/digitalcinemareport2011.html>